

Warum verweigert die CDU Reformen, Herr Worm?

Fünf Kandidaten demokratischer Parteien gibt es im Landtags-Wahlkreis 20 (nordöstlicher Kreis Hildburghausen, Region Neuhaus/Rennweg). Wir fordern sie zum Duell in der Zeitung heraus. Jeder gegen jeden. Frage, Antwort, Erwiderung. Alles kurz und knapp.

Heute diskutieren Alexander Humann (SPD) und Henry Worm (CDU) über die Regierungsbilanz von Schwarz-Rot und die Rolle der SPD dabei.

Alexander Humann (SPD) fragt:



Sehr geehrter Herr Worm, die Regierungskoalition aus CDU und SPD hat seit 2009 vieles für Thüringen auf den Weg gebracht. Dennoch konnten wichtige Reformen nicht angegangen werden, da sich Ihre Partei immer wieder gegen SPD-Vorstöße verweigerte. Insbesondere die notwendige Neuordnung der öffentlichen Aufgaben und der kommunalen Strukturen wurde von der CDU auf die lange Bank geschoben.

Wie wollen Sie dieses Thema nun angehen?



Henry Worm (CDU) antwortet:

Sehr geehrter Herr Humann, Sie haben Recht, die Koalition aus CDU und SPD hat in dieser Legislatur durchaus erfolgreich gearbeitet. So schlagen bei den erledigten Vorhaben die Polizeireform und die Forstreform, die Verfassungsschutzreform und die Reform des kommunalen Finanzausgleichs zu Buche.

Weil wir den Bürgern vertrauen, haben wir gerade bei den kommunalen Strukturen als CDU auf das Prinzip der Freiwilligkeit gesetzt. Durchaus erfolgreich, wie man an der Neugliederung von 298 Kommunen in Thüringen ersehen kann.

Ich bin überzeugt davon, dass für die bislang noch strittigen Themenfelder in der neuen Legislatur durchaus Lösungsansätze gefunden werden können.

Alexander Humann (SPD) erwidert:



Vielen Dank für Ihre recht „einmütige“ Antwort. Allerdings hatte ich eher gehofft, Sie würden die Gelegenheit nutzen, das Profil und die Zukunftsvision der CDU herauszustellen. All dies kann man im derzeitigen Auftreten ihrer Partei leider nicht erkennen – selbst Frau Lieberknecht wirbt für ein „Weiter so. Alles ist gut im Lande“.

Das ist zu wenig! Wenn wir in Thüringen wirklich vorankommen wollen, sind wichtige Entscheidungen zu treffen: Auch, welche öffentlichen Aufgaben auf welcher Verwaltungsebene zu bearbeiten sind; wie man die Wirtschaft gezielt fördert, wie man Bildungsstandards verbessert und vor allem jungen Menschen neue Perspektiven eröffnet.

Die SPD hat an diesen Fragepunkten intensiv gearbeitet, und wir werden nicht locker lassen.